

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1920

283 (26.6.1920) Mittagausgabe

Badische Presse

Verlagsgesellschaft Badische Presse, Karlsruhe

Verb. Biergarten, Oberredakteur: Albert Dersow, Verantwortlich für alle Redaktionen: Karl Weisbach, Redakteur: Hans Weisbach, Schriftf. u. Abdruck: H. Weisbach, alle in Karlsruhe.

Ständige Auflage
50000 Exemplare.

Geschäftsstelle:
Büchsen- u. Kammerstraße, nördl. Ecke Marktplatz.

Vertriebsbüro: Karlsruhe Nr. 8359

Reizungs-Beilage:
An Karlsruhe: Im Verlag und in den Buchhandlungen abnehmbar monatlich 4.30 frei ins Haus geschickt 4.50.
Ansonsten: Von unseren Agenturen bezogen 4.50. Durch die Post ausserhalb Badenbezugs Aufschlag 4.60.
Einnahme-Nummer 20 Vienna.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Weitläufigste Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.
Beilagen: Sportblatt * Landwirtschaft und Gartenbau * Modeblatt * Volk und Heimat.

Nr. 283.

Karlsruhe, Samstag den 26. Juni 1920.

36. Jahrgang.

Neuestes vom Tage.

Der Reichstag wählte den Abg. Böbe (Soz.) zum Präsidenten, die Abgg. Dittmann (U.S.), Dr. Bell (Zentr.) und Dietrich (D. N.) zu Vizepräsidenten.

Der Zentrumsvizepräsident Dr. Brauns wird im neuen Kabinett Fehrenbach das Arbeitsministerium übernehmen.

Nach amtlicher Mitteilung der Alliierten wird die Konferenz von Spa auf den 5. Juli festgesetzt.

Prinz Max von Baden veröffentlicht einen Aufruf gegen die schwarze Schande.

Reichskabinett Fehrenbach.

W.B. Berlin, 25. Juni. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Fehrenbach folgende Herren ernannt:

Reichszustizminister (beauftragt mit der Vertretung des Reichskanzlers) Dr. Heinz, Reichsminister des Auswärtigen Simon, Reichsminister des Innern Dr. Koch, Reichsfinanzminister Dr. Witzig, Reichsernährungsminister Herwe, Reichspostminister Giesberts, Reichsverkehrsminister Giesner, Reichswirtschaftsminister Gehler, Reichsminister der Reichswehr v. Raumer.

Die Belegung des Wiederaufbauministeriums ist noch vorbehalten. Die Verhandlungen über die Belegung des Reichsarbeitsministeriums werden in Würde abgeschlossen sein. Das Kabinett wird morgen zu einer ersten Sitzung zusammenzutreten und sich am Montag dem Reichstag vorstellen.

W.B. Berlin, 25. Juni. Nach Mitteilungen des Regierungsvizepräsidenten im Vertretungsamt des Reichspräsidenten am Montag 11 Uhr das neue Kabinett vorzustellen und eine programmatische Erklärung abzugeben. Am Montag nachmittag wird in neuer Sitzung Gelegenheit zur Aussprache gegeben, die wegen des feierlichen Feierabend am Dienstag erst am Mittwoch weitergeführt wird. Da endgültig feststeht, daß am 5. Juli die Verhandlungen in Spa beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstags bis dahin abgeschlossen werden.

Die „B.Z.“ hört aus parlamentarischen Kreisen, daß das Reichsarbeitsministerium dem Zentrumsmittglied Parzer Dr. Brauns angeboten werden dürfte, der Direktor des katholischen Arbeitervereins in München-Gladbach ist und in der christlichen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielt. Das Wiederaufbauministerium soll gegebenenfalls mit dem Kommerzienrat Böhm in München, dem Direktor der dortigen Deutschen Bank, besetzt werden, der der Bayerischen Volkspartei angehört.

Die Regierungserklärung wird, wie die „Nationalzeitung“ zuverlässig erfährt, aus drei Teilen bestehen: einem staatsrechtlichen, einem sozialpolitischen und einem wirtschaftspolitischen. Die beiden ersten Abschnitte sind bereits redigiert. Bezüglich der Formulierung des wirtschaftspolitischen Teils sollen aber noch verschiedene Meinungsverschiedenheiten zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei bestehen. Immerhin hofft man, daß auch diese Differenzen bald beseitigt werden können und die Regierungserklärung im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt sein wird. In der Frage des Vertrauensvotums soll Reichskanzler Fehrenbach den Vorschlag gemacht haben, daß es überhaupt nicht zu einer Abstimmung kommen solle. Die Regierungserklärung soll nach seinem Vorschlag auf die Tagesordnung gesetzt werden und die Debatte soll den einzelnen Parteien Gelegenheit geben, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Von den Unabhängigen sind Lebedour und Henke als Redner bestimmt worden. Wie die „Nationalzeitung“ ferner erfährt, hat die U.S.P.D. eine Interpellation gegen den Freispruch der Marburger Studenten an die Regierung gerichtet. Zu dieser Interpellation sind die Abgg. Böd und Dr. Breitkopf von der Partei als Redner bestimmt worden.

Berliner Witterstimmungen.

— Berlin, 26. Juni. Zur Lösung der Kabinettskrise heißt es in der „Deutschen Allg. Ztg.“: „Eine Ministerregierung wird sehr bald wieder geführt, sie wird es nur können, durch eine geschickte und sachliche Politik, die sich von jeder Parteimeinung fernhält. Sie hat dazu den festen Willen, und sie rechnet auf die selbstlose Mitarbeit aller Parteien, deren Willen es ist, Staat und Volk wieder den Weg aufwärts zu führen.“

Die Sozialdemokratie, die der Regierung eine gewisse Schonung zu bewilligen geneigt ist, wird, wie es im „Vorwärts“ heißt, wahrscheinlich bald mit ihr, namentlich mit ihrem rechten Flügel im Kampfe stehen. Dann wird es gelten, den verlorenen Grund wieder zu gewinnen zu versuchen, was nur möglich sein wird, wenn die Unabhängigen ihre Politik des Zwischenzwei-Stehens aufgeben, und sich der Methode der parlamentarisch-demokratischen Regierungsgewinnung zu bedienen lernen.

Die rechtsstehenden Blätter fassen die Lage im ganzen sehr ernst auf. „Um so besser“, so heißt es in der agrarconservativen „Deutschen Tageszeitung“, „müssen Regierung und Volk auf dem Boden unseres Rechts und der nationalen Lebensnotwendigkeiten stehen und um so früher und mutiger den Dingen ins Auge sehen.“

Die neuen Reichsminister.

Vizekanzler Reichszustizminister Dr. Heinz wurde am 12. Juni 1865 in Oldenburg geboren. Sein Vater war der bekannte Philosoph Max Heinz an der Universität Leipzig. Im Jubiläum war er zum 1. März in Dresden tätig. Bis zu Anfang des Jahres 1913 war er Landesgerichtsdirektor in Dresden. Dort hatte er auch am politischen Leben regen Anteil genommen und übte zu den Führern der Nationalliberalen. 1906 wurde er als Vertreter für Dresden-Viktoria in den Reichstag gewählt. Bei den Reichstagswahlen von 1912 unterlag er in der Stichwahl. Im Frühjahr 1914

ward Heinz ans Reichsgericht berufen. Während des Krieges war er längere Zeit in der Verwaltung Polens tätig. Am 26. April trat er in den sächsischen Landtag ein, dem er aber nur kurze Zeit angehörte, weil er im Mai 1916 zur Reform der türkischen Rechtsprechung nach Konstantinopel berufen wurde. Im Frühjahr 1918 ernannte ihn König Friedrich August zum Nachfolger des plötzlich verstorbenen Dr. Nagel im sächsischen Justizministerium. Nach der Revolution wurde er in die Nationalversammlung gewählt. Dort trat er an die Spitze der Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Außenminister Dr. Simon ist aus der juristischen Laufbahn hervorgegangen, in der er bis zum Oberlandesgerichtsrat in Kiel aufwärts stieg. Noch in demselben Jahre trat er als kommissarischer Hilfsarbeiter ins Reichsjustizamt ein. Nach dreijähriger Tätigkeit dort erfolgte seine Ernennung zum Geh. Regierungsrat und Vortragenden Rat. 1911 seine Berufung als Geh. Legationsrat und Vortragender Rat ins Auswärtige Amt, wo er sich in der Leitung der Rechtsabteilung als hervorragender Jurist bewährte. Als solcher hat er sich einen besonderen Namen durch den deutsch-türkischen Handelsvertrag gemacht. Anfang vorigen Jahres war Simon, der inzwischen Ministerialdirektor geworden war, zum Chef der Rechtskanzlei in Aussicht genommen. Damals aber war er in diesem Amt im Hinblick auf die schwierigen Verhandlungen mit der Entente unzulänglich, und er übernahm deshalb die Vertretung des Auswärtigen Amtes in der deutschen Friedensdelegation in Versailles, wo er sich als nächster Vertreter des Grafen Brockdorff-Ransau als kluger und erfahrener Rechtspraktiker zeigte. Seit etwa Jahresfrist war Simon Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie. In politischer Beziehung steht Dr. Simon auf dem Boden der Deutschen Demokraten.

Verkehrsminister Gröner ist in Ludwigzburg am 22. November 1867 geboren. Am seinem 17. Geburtstag trat er ins Heer, beim Ausbruch des Krieges war er Oberleutnant und Chef des Feldbahnabwesens, ließ dann rasch die Stufen zum Oberst, Generalmajor und Generalleutnant (1. November 1916) empor. Nach als Leiter des Eisenbahnwesens wurde er im Mai 1916 in des Kriegsverwaltungsrats im November desselben Jahres an der Spitze des neuorganisierten Kriegsamt zum Organistator des vaterländischen Hilfsdienstes berufen. August 1917 trat er, wohl infolge innerer Reibungen, in die Front zurück, nahm als Divisions- und Korpskommandeur an dem westmexikanischen Zug in die Ukraine hervorragenden Anteil, um nach Ludendorffs Abschied den wichtigsten, schwierigsten und unter den damaligen Umständen dreifach belasteten Posten eines Ersten Generalquartiermeisters anzutreten.

Im fiel das bittere Los zu, nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 den Alliierten das unbefestigte Sektors zu leiten, in seiner Art auch eine militärische Größe. Noch wirkte er mit am Aufbau des neuen Heeres, wurde am 15. Juli 1919 Befehlshaber der Kommandostelle Kolberg, dann aber mit dem Abbau der letzten Feldmilitären Formationen am 18. Oktober 1919 zur Disposition gestellt. Die soldatische Berufstätigkeit war abgeschlossen. Die wiederholte zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, daß Gröner Gelegenheit fände, seine großen Fähigkeiten auf anderen Posten zu betätigen, ist nunmehr in Erfüllung gegangen, durch seine Berufung zum Leiter des Verkehrsministeriums, wofür er Sachkenntnis und Erfahrungen mitbringt.

Reichsfinanzminister v. Raumer hat eine Stellung dem Reichsfinanzministerium angehört und bei der Ausarbeitung der Reichsloshsteuer mitgewirkt. Dann trat er aus dem Staatsdienst aus und übernahm den Posten eines Geschäftsführers des Elektrotechnischen Verbandes.

Nach der Boulogner Konferenz.

W.B. Brüssel, 25. Juni. Die von Boulogne zurückgekehrten Minister des Innern und des Innern erklärten sich von den in Boulogne gefassten Beschlüssen befriedigt und fügten hinzu, daß entgegen der Ansicht gewisser Persönlichkeiten in Deutschland von einer Revision des Friedensvertrages auf der Konferenz in Spa nicht die Rede sein könnte.

W.B. Amsterdam, 25. Juni. „Westminster Gazette“ schreibt zu den verschiedenen Gerüchten über die in der Wiedergutmachungsfrage von den alliierten Staatsmännern gefassten Beschlüsse. Auf Seiten der Alliierten zeige sich eine Abneigung, eine feste Summe bekannt zu geben. Ferner hält man an dem Glauben fest, daß sich die Zahlungen auf eine lange Reihe von Jahren ausdehnen könnten. Diese beiden Umstände bilden das Hindernis für eine geschäftsmäßige, geschweige denn eine friedliche Regelung, was überwunden werden muß, wenn die Alliierten überhaupt Geld von den Deutschen bekommen wollen. Die Meinung gewisser Kreise, eine bestimmte Summe zu nennen, ist bedenklich; denn sie erregt übertriebene Erwartungen beim Publikum und führt zu Enttäuschungen, die bei Entschaffung der Wahrheit entstehen würden. Über diese Enttäuschung muß doch einmal nachgedacht werden, es würde besser sein, das Unvermeidliche nicht weiter aufzuschieben, bis die finanzielle Lage sich noch mehr verflechtet hat. Das Geschäftsleben kann nicht in Ordnung kommen und die Aufstellung eines ordnungsmäßigen Budgets ist nicht möglich, solange die Kreditlinie immer leer bleibt.

Das Blatt führt weiter aus: Die politischen Konsequenzen seien sehr ernst. Der Vorschlag, die deutschen Zahlungen auf 35-40 Jahre zu verteilen, bedeute, daß man die Regelung der Schulden, die die gegenwärtige Generation nicht einbringen kann, einer unbekannteren Zukunft überläßt. Die Frage, ob Deutschland zahlen werde, hängt davon ab, ob es sich der Bezahlung widerlegen wird, und um einen solchen Widerstand zu verhindern, müßten die Alliierten die Befreiung des deutschen Gebietes aufrecht erhalten und solche militärischen und maritimen Vorhaben treffen müssen, daß ein großer Teil, wenn nicht die Gesamtheit der Entschädigungsumme daraus würde verwendet werden müssen. Das Blatt sagt weiter, wenn die Alliierten statt 3 1/2 Milliarden Pfd. Sterling, die im Verlaufe von 35 Jahren zu bezahlen sind, etwa 2 Milliarden Pfd. Sterling angeboten erhielten, so würde jeder Geschäftsmann für verückt erklärt werden, wenn er dieses Angebot ablehnen würde.

Die Konferenz in Spa am 5. Juli.

W.B. Berlin, 25. Juni. Der englische Geschäftsträger für den Auswärtigen Amt erklärt, er sei beauftragt, offiziell mitzuteilen, daß die Konferenz in Spa am 5. Juli stattfindet.

— Berlin, 26. Juni. Die Konferenz von Spa; ist, so schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“, auf den 5. Juli angesetzt. Nur wenige

Tage stehen der neuen Regierung zur Verfügung, um sich darüber klar zu werden, wie sie ihre Stellungnahme zu dieser schwerwiegenden Besprechung im Einzelnen zu präzisieren hat. Niemand gibt sich der Erwartung hin, daß die Vorschläge der Verhandlungsgegner diffiziert sein werden von irgend welcher Rücksicht auf deutsche Lebensnotwendigkeiten.

Die konservative „Kreuzzeitung“ schreibt unter der Überschrift „Sturmzeichen“: „Wir wundern uns, daß die Entente die unmittelbaren bevorstehenden Gefahren einer Bolschewisierung Deutschlands nicht klar erkennt, sie vielmehr durch die Fortsetzung eines 100 000 Mann-Heeres und die Auflösung der Sicherheitspolizei geradezu herausfordert.“

W.B. Brüssel, 25. Juni. „Etoile Belge“ zufolge, nehmen an der Finanzkonferenz in Brüssel etwa 110 Vertreter der alliierten Länder teil.

Zur Räumung der neutralen Zone.

W.B. Paris, 25. Juni. (Agence France) Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, überreichte dem Sekretariat der Friedenskonferenz am Freitag nachmittags eine Note der deutschen Regierung, in der von den Alliierten eine Verlängerung der Frist verlangt wird, die Deutschland zur Räumung der neutralen Zone gewährt würde. Es wird darin erklärt, daß es Deutschland unmöglich ist, diese Zone bis zum 10. Juli zu räumen. Diese Note kreuzte sich mit den drei Noten, die am Dienstag dem deutschen Geschäftsträger überreicht wurden.

W.B. Amsterdam 25. Juni. Alond George erklärte gestern im Unterhaus an der Frage über Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund auf die Anregung eines Abgeordneten, er habe sich nicht geäußert, daß Deutschland den besten Willen habe, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Bezüglich der Entwürfe u. a. habe er der Meinung Ausdruck gegeben, daß Deutschland es nicht tue. Auf eine Bemerkung Remondons, daß Churchill sich wiederholt in dem erwähnten Sinne im Unterhaus ausgesprochen habe, entgegnete Alond George, er sei sicher, daß Churchill das nicht getan habe.

Oesterreichs innerpolitische Krise.

Von unserem Wiener Korrespondenten wird uns geschrieben:

— Wien, 24. Juni. Ganz gegen die Erwartung des überwiegenden Teiles der Öffentlichkeit hat die innerpolitische Krise in Oesterreich nicht mit einer Erneuerung der Koalition in irgend einer Form geendet. Die Parteien selbst, oder doch ihre maßgebenden Führer waren im Augenblick des Ausbruchs der Krise sich nicht der Meinung, daß am Ende der Dinge diese Lösung herauskommen würde, daß es also nur darauf ankomme, durch schleunige Gleichgültigkeit gegen den Gedanken weiteren Zusammenarbeitens mit der Gegenpartei diese einzujählichen und der eigenen Partei eine vorteilhaftere Stellung in der neuen Koalition zu sichern. Aus dem taktischen Spiele ist aber bitterer Ernst geworden, haben und drücken hat man sich in einseitige Fortreibungen veranlaßt und findet keinen Ausweg. Neuwahlen erscheinen unummeidlich, aber bisher erwies es sich als unmöglich, auch nur über die Zusammenziehung eines Übergangskabinetts zur Aufschrückung und Leitung der Neuwahlen einig zu werden. Den äußerlichen Parteien, die die Wahlmaßnahme nicht gerne in den Händen sozialistischer Staatssekretäre sehen, wäre ein neutrales Beamtensministerium am liebsten; einem solchen widerstehen sich aber die Sozialdemokraten, von ihrem Standpunkte aus auch insofern mit Recht, als es bei der weitgehenden Politisierung der Beamtenschaft neutrale Beamte höheren Ranges kaum mehr gibt. Die Öffentlichkeit und die politischen Kreise selbst sind aber durch die lange Dauer der Krise erregt, der Finanzminister Dr. Reich hat schon mit seinem Rücktritt gedroht, und es schwirren allerlei ungünstige Gerüchte durch die Luft. Die Entwurfsaussprachen beim Reichspräsidenten Seig haben zu keinem Ergebnis geführt, die Parteien haben selbst die inoffizielle Fühlung miteinander so gut wie verloren, und man weiß nicht recht, was der für heute nachmittags einberufene Hauptausfluß der Nationalversammlung, der sich offiziell mit der Festlegung der rechtlichen Tagesordnung bis zu den Neuwahlen zu befassen hat, bezüglich der Lösung der Krise beschließen wird. Wenn auch die Mitglieder des Hauptausflusses hemissionieren sollten, dann ist das Chaos fertig. Denn nach der Verfassung ist der Hauptausfluß das demokratische Organ, durch das die Nationalversammlung die Regierung einsetzt.

Vorzüglich bereiten sich die Parteien bereits für den Wahlkampf vor. In der Parteipresse hat er schon begonnen, und der Ansturm hängt nicht fehllos. Wahlkämpfe werden in Oesterreich, insbesondere in der Hauptstadt, erfahrungsgemäß mit der größten Rücksichtslosigkeit geführt, das nackte Parteiinteresse überwuchert jede andere vorläufige und künftige Erwägung, und das Mittel der persönlichen Beeinträchtigung spielt leider eine große Rolle. Diesmal wird insbesondere der Posten des internationalen Gewerkschaftsbundes gegen Ungarn im Wahlkampfe ausgespielt werden. Da er erst in der Nacht auf Sonntag begonnen hat, läßt sich über seine Erfolgsaussichten noch kein Urteil bilden. Die antisozialistischen Parteien und Zeitungen legen eine große Verwertung der Lebensmittel durch die unterbundene Einfuhr aus Ungarn voraus, während auf der anderen Seite auf die Gefährdung dieser Zuhilfen hingewiesen wird. Von den Christlich-Sozialen und Christlichen wird der Schwerpunkt in den Vordergrund gerückt werden. Die in den letzten Wochen gebildete Organisation der „Frontkämpfervereinsung“ wird die Bevölkerung in dieser Hinsicht ausgiebig zu bearbeiten wissen.

Die Frage des Anschlusses an Deutschland wird in dem Wahlkampfe kaum irgend eine Rolle spielen. Bei den Wahlen zur Konstituante ist noch gegen die Sozialdemokraten mit dem Vorwurfe gearbeitet worden, sie hätten durch vorläufige und ungeschickte Taktik in der Anschlußfrage Oesterreich schwer geschädigt. Inzwischen hat die Bevölkerung zur Genüge erfahren, wie wenig positive Vorteile der sogenannte Kurs nach dem Westen und das durch ihn erkaufte Wohlollen der Entente bringt. Man kann voraussetzen, daß sich diesmal wohl keine Stimme gegen den Anschluß erheben werde. Die Wahlform wird bei allen Parteien so gut wie ausschließlich mit innerpolitischen Fragen befruchtet werden.

Zu erwähnen ist noch, daß der Reparationskommission, deren Chef, der Engländer Goede und der Franzose Alobukowski, bereits in Wien eingetroffen sind, von mancher Seite eine erhebliche Rolle bei der Entwurfsung der inneren Krise zugemutet wird. Es gibt hier Rettungen und Politiker, die es für richtig befinden, sozulange ein Wortum der Ententekommission gegen die Totfische der Krise selbst zu produzieren. Es läßt sich aber kaum annehmen, daß die Entente bei solchem Anlasse offiziell auftreten wird. Möglich ist, daß sie hinter den Kulissen zu einer raschen Einwirkung und nach den Wahlen zur Bildung einer stabilen Regierung antreiben wird.

Handelsteil

Die Entwicklung in der Lederwirtschaft

Das Gesamtbild am Gütemarkt zeichnet sich infolgedessen ab, denn der Stoffmarkt ist eine leichte Festigung infolge...

Von den Börsen

Berliner Devisennotierungen. Die letzten Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with columns: Telegraphische Auszahlungen, 24. 6. 20, 25. 6. 20. Rows include Amsterdam, Brüssel, London, etc.

Notierungen der Berliner Börse vom 25. Juni

Table with columns: Industrie-Aktien, Rohstoffe, etc. Rows include Siemens, AEG, etc.

Table with columns: 24. 6. 20, 25. 6. 20. Rows include Stahl, Eisenbahn, etc.

Jülicher Devisennotierungen

Table with columns: 24. 6. 20, 25. 6. 20. Rows include Deutschland, Belgien, etc.

Geld und Wirtschaft

Die Weinpreise. Aus Mannheim wird uns berichtet: Auch im Weinpreis ist ein bedeutender Rückgang eingetreten...

durch den französischen Staat und ihre Ausbeutung durch eine Aktien-gesellschaft unter starker Kapitalbeteiligung der Arbeiter...

Neueingelaufene Bücher und Schriften

Zu beziehen durch A. Pfelefelds Buchhandlung, Ebermann & Co., Karlsruhe. Publikation des Anhangs...

Besichtigen Sie gefäll. unsere Blusen zu folgend. Preisen: Volle-Blusen, Elegante Blusen, Wasch-Kleider...

Neuheiten! Stenotypistin gesucht. Ein ordentl. Mädchen für Hausarbeit...

Bewerbung Suche auf dauernd. Anstellung in Großbetrieb. Bin in Hochbau, Tiefbau, Maschinenbau...

Mitteil. Habe zum 1. Juli 1920 8 Zimmer-Wohnung, 3 Zimmer-Wohnung...

Mitteil. Habe zum 1. Juli 1920 8 Zimmer-Wohnung, 3 Zimmer-Wohnung...

Daniels Konfektionshaus. Vollekleider in weiß u. 135.00 an, farbige Mk. 26.00 an...

Blag-Vertreter und Kolonnenreisende werden akkreditiert in Baden und der Pfalz...

Hoher Verdienst. Damen für kleine Haushalte n. auswärts (Südtirol) sofort gesucht...

Bebildete, junge Dame (Schichtl.) sucht 2 Kassen auf Büro, f. halben evtl. auch ganzen Tag...

Mitteil. Habe zum 1. Juli 1920 8 Zimmer-Wohnung, 3 Zimmer-Wohnung...

Obstwein. In nur best. Qualität, 8 u. 10 l., sendet gratis. U. Armbruster, Gensbach.

Selbständig. Monteur und Hilfs-Monteur für Freileitungen. sofort gesucht...

Stenotypistin. Ein ordentl. Mädchen für Hausarbeit u. Stiche bei gut. Verdienst...

Mitteil. Habe zum 1. Juli 1920 8 Zimmer-Wohnung, 3 Zimmer-Wohnung...

Mitteil. Habe zum 1. Juli 1920 8 Zimmer-Wohnung, 3 Zimmer-Wohnung...

Obstwein. In nur best. Qualität, 8 u. 10 l., sendet gratis. U. Armbruster, Gensbach.

Kontoristin gesucht. Wähler-Vant sucht zum mögl. sofortigen Eintritt ein in Stenographie...

Mitteil. Habe zum 1. Juli 1920 8 Zimmer-Wohnung, 3 Zimmer-Wohnung...

Mitteil. Habe zum 1. Juli 1920 8 Zimmer-Wohnung, 3 Zimmer-Wohnung...

Mitteil. Habe zum 1. Juli 1920 8 Zimmer-Wohnung, 3 Zimmer-Wohnung...

